

Wahlprüfstein FSI - Forum Soziale Inklusion e. V.

Ihre Frage	Unsere Antwort
<p>1) Politik und Zivilgesellschaft</p> <p>In Deutschland ist eine zunehmende Kluft zwischen Politik und Zivilgesellschaft wahrnehmbar. Wird Ihre Partei sich zukünftig für eine konsequente Einbindung der Zivilgesellschaft in den politischen Prozess durch ausgewogene Einladung von Betroffenenverbänden einsetzen?</p>	<p>Wir setzen uns für eine frühe Beteiligung Betroffener in Gesetzgebungsprozessen ein. Diese kann zu unterschiedlichen Zeitpunkten und in verschiedenen Formaten sinnvoll sein.</p>
<p>2) Zeitgemäße Geschlechterpolitik</p> <p>„Zeitgemäße Geschlechterpolitik legt den Fokus gleichberechtigt auf die Belange von Frauen UND Männern sowie von (getrennt erziehenden) Müttern UND Vätern.“ Werden Sie sich für diesen zeitgemäßen Politikansatz einsetzen?</p>	<p>Die SPD setzt sich für die Gleichberechtigung von Männern und Frauen ein. Wir wollen, dass Mütter und Väter Sorge- und Erwerbsarbeit partnerschaftlich aufteilen können. Darum setzen wir uns u.a. für eine zweiwöchige Elternschaftszeit nach der Geburt eines Kindes ein, die allen Vätern und Partner*innen kurzfristig und sozial abgesichert zusteht. Die SPD ist auch der Auffassung, dass Verantwortung nicht am Trauschein hängt. Bei unseren Konzepten zur Unterstützung von Familien, fordern wir darum stets auch die besondere Berücksichtigung von Getrennterziehenden. Wir erkennen an, dass sie rechtlich besser abgesichert werden müssen. Selbstverständlich müssen auch Förder- und Unterstützungsangebote ihren Bedarfen angepasst werden.</p>
<p>3) Zeitgemäßes Familienrecht</p> <p>Junge Familien wünschen sich Partnerschaftlichkeit in der Aufteilung von Betreuung und Unterhalt für ihre Kinder – vor allem auch in Trennungsfamilien. Werden Sie im Familienrecht den Ansatz „geteilte Betreuung - geteilter Unterhalt“, nach</p>	<p>Die SPD fordert eine Modernisierung des Unterhaltsrechts. Wo Väter benachteiligt werden, muss dies überwunden werden.</p>

jeweiliger Bedürftigkeit und Leistungsfähigkeit, verankern?	
4) Zeitgemäße Statistikerhebung	
Aktuell kann das Statistische Bundesamt Trennungsfamilien nur zur Hälfte erfassen: den Haushalt, in dem das Kind gemeldet ist. Wird Ihre Partei das Microzensusgesetz dahingehend verändern, dass zukünftig beide Haushalte der Trennungseltern statistisch erfasst werden?	Die aktuellen statistischen Erhebungen bilden die Lebensrealität von Trennungsfamilien nicht genügend ab. Eine detailliertere statistische Erfassung kann eine gute Grundlage bei der Feststellung und Umsetzung des Reformbedarfs sein.
5) Zeitgemäßes Melderecht	
Heute können Kinder in Trennungsfamilien melderechtlich nur in einem Haushalt angemeldet sein. Wird Ihre Partei das Melderecht dahingehend anpassen, dass zukünftig Kinder in Trennungsfamilien in beiden Haushalten gemeldet sein werden?	Nach dem aktuell gültigen Melderecht kann nur eine Wohnung die Hauptwohnung sein. Änderungen sind natürlich möglich. Die Frage nach Änderungen im Melderecht sollte allerdings nicht isoliert beantwortet werden, sondern im Zusammenspiel mit Änderungen im Familienrecht, Steuer- und Sozialrecht.
6) Staatliche Leistungen und Trennungsfamilien	
Aktuell fokussiert das Steuer- und Sozialrecht nur auf einen Haushalt in Trennungsfamilien. Wird Ihre Partei zukünftig staatliche Leistungen (Kindergeld, Betreuungsfreibetrag u. ä.) auf beide Haushalte in Trennungsfamilien aufteilen?	Die SPD ist der Auffassung, dass Verantwortung nicht am Trauschein hängt. Bei unseren Konzepten zur Unterstützung von Familien, fordern wir darum stets auch die besondere Berücksichtigung von Getrennterziehenden. Wir erkennen an, dass sie rechtlich besser abgesichert werden müssen. Auch müssen Förder- und Unterstützungsangebote ihren Bedarfen angepasst werden. Unterhaltspflichtige Eltern dürfen gegenüber Kinderlosen nicht schlechter gestellt werden. Dies wird durch den Familienleistungsausgleich sichergestellt. In diesem Familienleistungsausgleich werden die Unterhaltspflichten gegenüber Kindern unabhängig vom Familienstand berücksichtigt. Trennungseltern steht

	<p>deshalb der hälftige Kinderfreibetrag zu. Außerdem kann der unterhaltspflichtige Elternteil seine Unterhaltsleistungen um das hälftige Kindergeld kürzen.</p> <p>Der geltende Familienleistungsausgleich begünstigt allerdings am stärksten Eltern mit hohem Einkommen. Das hat zur Folge, dass die Unterstützung oft dort nicht ankommt, wo sie besonders gebraucht wird. Wir wollen deshalb ein neues existenzsicherndes, automatisch ausgezahltes Kindergeld einführen. Dieses Kindergeld soll nach dem Einkommen der Eltern gestaffelt sein – je höher der Unterstützungsbedarf, desto höher das Kindergeld. Das neue Kindergeld soll den Kinderfreibetrag ersetzen.</p>
<p>7) Zeitgemäßes Abstammungsrecht</p> <p>Werden Sie sich für ein zeitgemäßes Abstammungsrecht einsetzen, das sich an Abstammung orientiert und dabei nicht Erwachseneninteressen, sondern die Kindersicht priorisiert? Und dabei die Definition von Mutterschaft und Vaterschaft über biologische Abstammung rechtlich gleichbehandelt?</p>	<p>Die Vielfalt der heutigen Familienkonstellationen und der wissenschaftliche Fortschritt in der Reproduktionsmedizin führen dazu, dass die biologischen Eltern immer häufiger nicht die sozialen Eltern sind. Deshalb setzen wir uns für ein modernes Abstammungsrecht ein, das diesen neuen Konstellationen Rechnung trägt. Den § 1592 Nr. 1 BGB halten wir im Kern für veraltet. Die Anerkennung der Elternschaft muss erleichtert werden. Auch ist für die SPD kein Grund ersichtlich, warum zwischen hetero- und homosexuellen Eltern unterschieden werden sollte. Wir befürworten darum auch die Mitmutterschaft, d.h. die automatische Elternschaft zweier Mütter durch Gesetz, wenn ein Kind in eine lesbische Ehe hineingeboren wird. Die erleichterte Anerkennung sowie die Einführung der Mitmutterschaft waren bereits in einem 2020 vorgelegten Referentenentwurf aus dem SPD-geführten BMJV enthalten. Die Union hat die Mitmutterschaft jedoch</p>

	abgelehnt und das Gesetzesvorhaben blockiert.
8) Faire Aufteilung staatlicher Fördergelder	
Aktuell fördert der Staat vor allem Frauen- und Mütterverbände finanziell; authentische Männer- und Väterverbände erhalten keine Förderung. Werden Sie sich zukünftig für eine faire und paritätische Aufteilung der Zuwendungen an Frauen- UND Männerverbände einsetzen?	Bei der großen Aufgabe der Gleichberechtigung der Geschlechter wurde in den letzten Jahrzehnten vieles erreicht, wenn auch lange noch nicht alles. Die Pandemie hat erneut die immer noch ungleichen Chancen von Frauen und Männern gezeigt. Wir wollen ein Jahrzehnt der Gleichstellung. Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist eine Aufgabe für die gesamte Gesellschaft. Sie ist eine Querschnittsaufgabe, die alle Bereiche durchziehen muss: Familienpolitik, Arbeitsmarktpolitik, Sozialpolitik, Bildungs- und Rechtspolitik – aber auch Haushalts- und Finanzpolitik. Dies schließt eine geschlechtergerechte Haushaltssteuerung mit ein. Wir setzen uns auf allen Ebenen für eine faire Verbändeförderung ein.